

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 23

Artikel: Maastricht und Moskau - falsche Prioritäten
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093211>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgais Kritik am Westen

Maastricht und Moskau – falsche Prioritäten

Während die Westeuropäer unbekümmert an ihren kaum realisierbaren Visionen (Verwirklichung der Maastrichter Verträge) basteln, als ob das die wichtigste Sache der Welt wäre, droht das «gemeinsame Haus» im Osten des Kontinents einzustürzen. Die Hiobsbotschaften nicht nur aus den einzelnen GUS-Staaten, sondern nunmehr auch aus Russland mehren sich.

Wie es scheint, vermochte Jelzin bislang die Wende nicht unumkehrbar zu machen. Seine Minister halten einen baldigen Sturz der russischen Regierung nicht für ausgeschlossen. Auf dem Balkan ist ein Ende des Völkermord-Feldzuges der Serben (ethnische Säuberungen) nicht abzusehen. Moskaus einstige Satellitenländer in Osteuropa befinden sich in einer immer tiefer werdenden Wirtschaftskrise mit unberechenbaren politischen Konsequenzen und fühlen sich vom Westen im Stich gelassen.

Pariser Zentralismus

Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu grotesk, wie wenig Interesse die Westeuropäer daran zeigen, was in der östlichen Hälfte Europas geschieht, als ginge sie das alles gar nichts an. Absolute Priorität wird in der EG gesetzt auf die Beilegung der hausgemachten Vertrauenskrise, die das dänische «Nein», das französische «Jein» und das britische Zögern gegenüber der Weiterentwicklung der Gemeinschaft in eine Währungsunion und eine politische Union verursacht haben.

Am Sondergipfel der EG in Birmingham, der von dem durch die Pfundkrise bedrängten britischen Premierminister Major einberufen worden war, konnten die Differenzen über die Zielsetzung der Europäischen Union nicht ausgeräumt werden. Im Gegenteil, die «Meister von Maastricht» haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht – wie sich immer mehr herausstellt, eine Mogelpackung, die die bereits vorhandenen Kompetenzen der Brüsseler Zentrale gegenüber Regierungen und Parlamenten der Mitgliedsta-

ten nur noch vergrössert hätte. Die französische Handschrift ist dabei unverkennbar.

Paris erhofft sich von den Maastricht-Verträgen die politische Führung der Gemeinschaft – gestützt auf die Wirtschaftsgrossmacht Deutschland durch eine sorgsam gepflegte Sonderbeziehung zu Bonn. Die nach wie vor «schüchterne» Aussenpolitik Bonns kommt dabei den Franzosen gelegen.

Vernachlässigter Osten

Wie unnachgiebig Frankreich seine eigenen Ziele verfolgt und wie wenig es sich um die gesamteuropäische Entwicklung kümmert, beweist seine Weigerung, mit den westeuropäischen EG-Kandidaten über deren Beitritt vor der Ratifizierung der Maastricht-Verträge durch alle Mitgliedstaaten zu verhandeln. Dass die drei osteuropäischen Länder, die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, mit ihren vor einem Jahr unterzeichneten EG-Assoziierungsverträgen bisher nicht viel anfangen konnten, daran ist hauptsächlich Paris schuld. Die grossen Hoffnungen dieser drei Länder, nach dem Zusammenbruch der Comecon-Märkte nun in die EG zumindest mehr Lebensmittel exportieren zu können, blieb vorerst wegen des französischen Widerstandes unerfüllt.

Es ist schwer zu begreifen, weshalb Frankreichs Staatspräsident Mitterrand mit Hilfe des französischen EG-Kommissionspräsidenten Delors an seiner Strategie festhält, erst die Zwölfergemeinschaft in eine Währungs- und politische Union umzuwandeln und erst dann an die Probleme und Sorgen des übrigen Europa heranzugehen. Dass die kleineren und schwachen EG-Länder, die von der Brüsseler EG-Kasse kontinuierlich «Entwicklungshilfe» beziehen, vorbehaltlos für Maastricht sind, ist wohl verständlich.

Um so mehr überrascht aber, dass auch Bonn ebenso vehement für Maastricht wirbt wie Paris, obwohl die Bundesregierung in den vergangenen Wochen am eigenen Leib erfahren musste, wie riskant es wäre,



Ohne Worte («Ogonjok», 2/92).

auch mit den «stärksten» Währungen der EG eine Währungsunion einzugehen. Für die Stützung von Pfund, Lira, Peseta und Franc musste die Bundesbank nach eigenen Angaben 90 Milliarden DM ausgeben.

Westen muss zahlen

Unter diesen Umständen ist es nicht nur falsch, sondern auch ausserordentlich riskant, der Erfüllung der Maastricht-Verträge absoluten Vor-

rang zu geben und die folgenschwere politische und wirtschaftliche Krise in der östlichen Hälfte Europas sozusagen zu verdrängen, zumal die Kosten von wirtschaftlich langwierigen und politisch konfliktreichen Systemwechseln letzten Endes die Westeuropäer werden tragen müssen. Je länger dort Chaos und Krisen herrschen, desto höher wird der Preis der Bewältigung.

Abgesehen davon, dass die Gefahr eines grösseren Balkan-Kriegs um

die serbische Provinz Kosovo mit 90 Prozent albanischer Bevölkerungsmehrheit nicht gebannt ist, geben jetzt vor allem in Russland und in den anderen GUS-Staaten starke politische Turbulenzen Anlass zu Sorge.

Unkontrollierte Atomwaffen

Wenn nach Gorbatschow auch Jelzin oder seine Reformregierung gestürzt und die Macht in Moskau wieder die alten Kommunisten im Bündnis mit den Nationalisten ergreifen würden, könnte dadurch eine neue gefährliche politische Konstellation nicht nur für Europa entstehen. Die Meldungen der vergangenen Wochen über wiederholten Atomschmuggel aus Russland nach Deutschland ist ein Zeichen, dass auch die oft von Jelzin versprochene starke Sicherheitskontrolle über das dort gelagerte Spaltmaterial wenig Wirkung hat.

Wer bewacht die sowjetischen Atomwaffen? Wie die «Washington Post» berichtete, soll die iranische Regierung nach Erkenntnissen des amerikanischen Geheimdienstes in der GUS-Republik Kasachstan Atomsprenghöpfe gekauft haben. Demnach und nach damit übereinstimmenden Informationen der iranischen Untergrundorganisation Volksmudschaheddin handelt es sich dabei um vier Sprengköpfe, die Iran bereits bezahlt habe. Das Geschäft sei, so wird ein Vertreter der US-Regierung in der «Washington Post» zitiert, möglicherweise zwischen Iran und «nicht mehr kontrollierbaren Elementen des russischen Militärs» abgeschlossen worden. Was das bedeuten kann, wenn der Iran, Exporteur der islamisch-fundamentalistischen Revolution in die arabische Welt, in den Besitz von Atomwaffen kommt, braucht nicht weiter kommentiert zu werden.

Unheimliche Allianz

Nicht weniger beunruhigend sind die Meldungen, die dieser Tage aus Moskau kommen (vgl. auch Artikel «Rot-braun-weiße Allianz im Vormarsch»; nächste Seite). Die politi-

sche Opposition Jelzins im russischen Parlament, bestehend aus Kommunisten und sogenannten «Patrioten», hat ihre Wartestellung verlassen und führt bereits eine schonungslose Offensive gegen den Präsidenten und dessen aus Reformpolitikern bestehende Regierung.

Wenn nicht ein Wunder geschieht, können Jelzin und seine Gefolgschaft diese Offensive politisch kaum überleben, denn die Opposition im Parlament vertritt eine grosse Mehrheit und fühlt sich heute schon organisatorisch stark genug, den Sturz der Reformpolitik zu betreiben. Eine Gruppe der parlamentarischen Opposition forderte Jelzin in einem in der «Pravda» abgedruckten offenen Brief zum Rücktritt auf, da seine Politik Russland in eine politische und wirtschaftliche Sackgasse geführt habe. Die Wirtschaftspolitik habe «mit katastrophalem Tempo zu einer Verringerung des Lebensstandards geführt, und die Privatisierung der Betriebe sei nichts anderes als eine «Ausplünderung des Volkes».

Die Sprache verrät die Unterzeichner, die nun Jelzins Kabinett durch eine «Regierung der nationalen Rettung» noch dieses Jahr ablösen wollen. Die Chancen Jelzins, die Herausforderung zu bestehen, stehen leider schlecht, weil Russlands Präsident, wie seinerzeit Gorbatschow, die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des alten Systems in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht zu seinen Gunsten ändern konnte.

Der Systemwechsel stagniert, weil die noch immer von den Kommunisten geführte Staatswirtschaft sich widersetzt, ihre Position aufzugeben und im Bündnis mit der mittlerweile allmächtig gewordenen Mafia das Chaos schürt, um zu beweisen, dass Reformer unfähig sind, Russland aus der Krise herauszuführen. Ähnlich sieht es auch in den anderen GUS-Staaten aus. Wie es scheint, hat Jelzin keine politische Kraft, aus dieser Falle auszubrechen. Für das russische Volk, das mehrheitlich für einen totalen Systemwechsel ist, muss es dabei deprimierend sein, dass es diesmal keinen zweiten Jelzin

gibt, der das von Gorbatschow begonnene Reformwerk fortführen könnte.

Entwicklung verschlafen

Welche verheerenden Folgen für die Weltpolitik es hätte, wenn Jelzin gestürzt würde, muss man sich nicht ausmalen. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass es ein Hauptziel der alten Kommunisten und der Nationalisten in Moskau ist, die staatliche Einheit der Sowjetunion wieder herzustellen, was wohl inzwischen mit friedlichen Mitteln kaum noch möglich ist. Man müsste auch in einigen ehemaligen Ostblockländern mit Umsturzversuchen rechnen; und in Belgrad dürfte Milošević auf massive russische Waffenhilfe hoffen.

Der Westen hat diese Entwicklung wieder einmal verschlafen: Washington hat sich hauptsächlich mit den Präsidentschaftswahlen beschäftigt, die Westeuropäer mit Maastricht. Das waren falsche Prioritäten. Ausser feierlichen Versprechungen wurde Jelzin weder mit Tat noch mit Rat viel geholfen. Diese Sorglosigkeit könnte sich bald rächen.

Um zu zeigen, wie weit der Westen davon entfernt ist, die tatsächliche wirtschaftliche und politische Lage der ehemaligen Sowjetunion zu kennen, genügt es, den renommierten Finanzexperten Horst Schulmann zu zitieren, der dieser Tage die Führung des Washingtoner «Institute of International Finance» (IIF) abgibt, um in Frankfurt das Präsidium der Landeszentralbank von Hessen zu übernehmen: «Die Politiker im Kreml wissen nicht, was sie tun, und sie wissen nicht, was sie herum vorgeht; Das Resultat ist ein wirtschaftliches Chaos».

Unter diesen Umständen sei, so Schulmann weiter, das Angebot von Umschuldungsverhandlungen und das Gerede über einen Forderungsverzicht völlig kontraproduktiv. Nach Schätzungen des IIF wird Russland in diesem Jahr nämlich ausreichend harte Devisen verdienen, um die auf 5 Milliarden Dollar geschätzten Zinszahlungen auf den Schulden gegenüber Westgläubigern bezahlen zu können. Armer Jelzin. ■

Bestellschein für zeitbild

Ich bestelle ein Jahresabonnement **zeitbild** zu Fr. 59.– (Ausland sFr. 65.–/DM 74.–). Erscheinungsweise alle zwei Wochen.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an **zeitbild**, Postfach, CH-3000 Bern 6